Über die Planungsausschusssitzung vom 05. Februar 2015 im Besprechungsraum des Landratsamtes Eichstätt -Dienststelle Ingolstadt-

Teilnehmer:

Vorsitzender: Roland Weigert Landrat und Verbandsvorsitzender
Planungsausschuss: Anwesenheitsliste (Anlage 1)
Beratende Mitglieder: Anwesenheitsliste (Anlage 2)
Regionsbeauftragter: Herr Dr. Sebastian Wagner
IRMA: Frau Jud
Vertreter der Medien: Herr Bernhard Pehl, Donau Kurier

Beginn der Sitzung: 9.30 Uhr
Ende der Sitzung: 10.45 Uhr

Tagesordnung (öffentliche Sitzung)

TOP 1 20. Änderung des Regionalplans der Region Westmittelfranken (8);
Kapitel B V (neu) 3.1. Erneuerbare Energien
- Beteiligungsverfahren -

TOP 2 13. Änderung des Regionalplanes der Region Westmittelfranken (13);
Fortschreibung des Teilkapitels B II 1.1.1 (neu) Gewinnung und Sicherung
don Bodenschätzen
- erneutes ergänzendes Beteiligungsverfahren –
TOP 3  
Vollzug der Wassergesetze;  

TOP 4  
Verfahren Riedensheim II – Flurneuordnung (geplant)  
Markt Rennertshofen  
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

TOP 5  
Raumordnungsverfahren für das Vorhaben „Erdgas-Loopleitung-Forschheim Finsing (LFF) der Open Grid Europe GmbH

TOP 6  
Raumordnungsverfahren für die geplante Errichtung einer 110-kV-Hochspannungsleitung von Wassertrüdingen (Landkreis Ansbach) nach Ebblingen (Gemeinde Solnhofen) mit Umspannwerk im Raum Ursheim (Gemeinde Polsingen, beide Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen)

TOP 7  
16. Änderung des Regionalplanes Ingolstadt (10);  
Fortschreibung des Kapitels B II Wasserwirtschaft – Hochwasserschutz  
- Wiederaufnahme des Verfahrens -

TOP 8  
26. Änderung des Regionalplanes Region Ingolstadt (10);  
Teilforschreibung des Kapitels B III Siedlungswesen mit Lärmschutzzonen für die Flugplätze Ingolstadt/Manching und Neuburg-Zell  
Anhörungsverfahren

TOP 9  
Teilraumgutachten für Kiesabbau

TOP 10  
Regionalplan Ingolstadt – Klarstellungen Kapitel B IV 5

TOP 11  
Haushaltsplan des Planungsverbandes für das Jahr 2015

TOP 12  
Überörtliche Rechnungsprüfung für die Jahre 2008 - 2013

TOP 13  
Verschiedenes
Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung des Planungsausschusses und begrüßte die Sitzungsteilnehmer, den Regionsbeauftragten, Herrn Dr. Wagner, Regierung von Oberbayern, Frau Jud, IRMA und den Vertreter der Medien, Herrn Pehl, vom Donau Kurier Ingolstadt.
Einwendungen gegen Form und Frist der Ladung sowie gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben. Der Vorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

TOP 1 20. Änderung des Regionalplans der Region Westmittelfranken (8); Kapitel B V (neu) 3.1. Erneuerbare Energien - Beteiligungsverfahren -

Sachvortrag des Vorsitzenden

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Westmittelfranken hat in seiner Sitzung vom 11.09.2014 die Einleitung des Beteiligungsverfahrens für die 20. Änderung des Regionalplanes für das Kapitel B V (neu) 3.1 Erneuerbare Energien beschlossen. Inhalt dieser Fortschreibung ist im Wesentlichen die Ergänzung des regionalplanerischen Windkraftkonzepts um ein weiteres Vorranggebiet (WK 63) sowie ein weiteres Vorbehaltsgebiet (WK 64) für Windkraftnutzung.

Grundlegende, für die Planungsregion Ingolstadt relevante Änderungen an den textlichen Festlegungen haben sich durch die vorgenommenen Ergänzungen und Umstrukturierungen nicht ergeben.


Der Regionsbeauftragte kommt in seiner Stellungnahme zu dem Ergebnis, dass gegen die 20. Änderung des Regionalplans des Regionalen Planungsverbandes Westmittelfranken aus der Sicht der Planungsregion Ingolstadt keine Bedenken bestehen.

Wortmeldungen: keine

Antrag des Vorsitzenden

Gegen die 20. Änderung des Regionalplanes des Planungsverbandes Westmittelfranken werden seitens des Regionalen Planungsverbandes Region Ingolstadt keine Bedenken erhoben.
Beschluss Planungsausschuss

Antrag einstimmig angenommen.

TOP 2 13. Änderung des Regionalplanes der Region Westmittelfranken (13); Fortschreibung des Teilkapitels B II 1.1.1 (neu) Gewinnung und Sicherung von Bodenschätzen
- erneutes ergänzendes Beteiligungsverfahren -

Sachvortrag des Vorsitzenden

Wortmeldungen: keine

Antrag des Vorsitzenden

Gegen die 13. Änderung des Regionalplanes der Region Westmittelfranken werden seitens des Regionalen Planungsverbandes Ingolstadt weiterhin keine Einwände erhoben.
Beschluss Planungsausschuss

Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 3  Vollzug der Wassergesetze;
Planfeststellung für den Kiesabbau auf den Grundstücken Fl.Nrn. 134,
135, 135/2, 136, 137, 139 – 142, 142/2, 142/3, 143, 143/2 1915 – 1919,
1924 der Gem. Zell, Stadt Neuburg, durch die Fa. Rathei Kieswerke

Sachvortrag des Vorsitzenden

Der Tagesordnungspunkt 3 ist nicht mehr relevant, da der Antrag im wasserrechtlichen
Verfahren zurückgenommen wurde.

TOP 4  Verfahren Riedensheim II – Flurneuordnung (geplant)
Markt Rennertshofen
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen
- Anhörung der Behörden und Organisationen nach § 5 Abs. 2 und 3 des
Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) -

Sachvortrag des Vorsitzenden

Das Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern beabsichtigt im Gemeindegebiet des
Marktes Rennertshofen im Bereich der Gemarkung Riedensheim ein Verfahren nach
FlurbG anzuordnen.
Im Zuge der geplanten Realisierung des planfestgestellten Flutpolders Riedensheim ist
eine Flurneuordnung erforderlich, um die dafür benötigten Flächen in das Eigentum des
Unternehmensträgers zu bringen sowie grundsätzlich die Grundstücke zu wirtschaftli-
chen Größen zusammenzulegen und bedarfsgerecht zu erschließen.
Aus Sicht der Regionalplanung sind insbesondere die Festlegungen des Regionalplanes
Ingolstadt für das Gemeindegebiet von Rennertshofen zu beachten. Für den Bereich von
Riedensheim erscheinen hierbei u.a. die Festlegungen zu dem landschaftlichen Vorbe-
haltsgebiet Donauübertreibung von besonderer Bedeutung.
Wortmeldungen: keine
Antrag des Vorsitzenden


Beschluss Planungsausschuss

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 5 Raumordnungsverfahren für das Vorhaben „Erdgas-Loopleitung-Forchheim-Finsing (LFF) der Open Grid Europe GmbH“

Sachvortrag des Vorsitzenden

Vorhaben:


Im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens wird nunmehr im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens die Beteiligung durchgeführt.
Auf dem Gebiet der Planungsregion Ingolstadt verläuft die geplante Vorzugstrasse vom Startpunkt östlich der Ortschaft Forchheim nordöstlich von Pförring ca. 5,5 km in dieser Marktgemeinde, darauf nach Überqueren der Landkreisgrenze ca. 5,0 km in der Gemeinde Münchsmünster, ca. 2,6 km in der Stadt Vohburg und schließlich ca. 6,8 km auf Gemeindegebiet der Stadt Geisenfeld. Der weitere Verlauf befindet sich im Regierungsbezirk Niederbayern.

Bewertung allgemein:
Das geplante Vorhaben ist Bestandteil des rechtskräftigen und verbindlichen Netzentwicklungsplanes (NEP) 2013, und ist auch Bestandteil des beantragten NEP 2014. Die Energieversorgung soll durch den Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur weiterhin sichergestellt werden. Hierzu gehören insbesondere [...] Energienetze [...] (LEP 6.1 (G)).
Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die neue Leitung im Bereich der Region Ingolstadt weitgehend parallel zu bestehenden Gasleitungen bzw. Stromfreileitungen verlegt werden soll, wodurch eine Reduzierung der dauerhaft verbleibenden Eingriffe entlang des Schutzstreifens möglich ist. In freien Landschaftsbereichen sollen Infrastruktur einrichtungen möglichst gebündelt werden (LEP 7.1.3 (G)). Im Forst werden Rodungen erforderlich, dafür sollen an anderer Stelle Wiederaufforstungen erfolgen, die landwirtschaftlichen Flächen können nach erfolgter Wiederherstellung weiterhin entsprechend genutzt werden.

Bewertung Planabschnitt 1:
Die Vorzugstrasse befindet sich im Wesentlichen im Bereich landwirtschaftlich genutzter Flächen, Siedlungsflächen sind durch den Verlauf östlich der Ortschaft Gaden und entlang der Nordgrenze des Kasernengeländes in Münchsmünster nicht unmittelbar betroffen. Im Bereich des geplanten Flutpolders Katzau ist vorgesehen, diesen bei der Detailplanung auf geeignete Weise zu berücksichtigen. Hier wäre die Lösung einer Trassierung außerhalb der potentiellen Deichflächen zu bevorzugen, um eine möglicherweise aufwändige, in den Untergrund reichende Bauausführung nicht weiter zu verkomplizieren.
Unter Berücksichtigung dieses Punktes kann der Vorzugstrasse im Planabschnitt 1 aus Sicht der Regionalplanung zugestimmt werden. Die Varianten 1.1 sowie 1.2 tangieren mehrfach bestehende bzw. geplante Siedlungsgebiete von Pförring randlich. Um hier der Gemeinde Pförring eine weitere Siedlungsentwicklung nicht zu erschweren, sollten diese Varianten aus Sicht der Regionalplanung abgelehnt werden.
Da diese, neben weiteren landschaftlichen Vorbehaltsgebieten, ebenfalls bei der Donauquerung die o.a. im Regionalplan festgesetzten Schutzgebiete berühren, wäre die genannte Berücksichtigung der ökologischen und landschaftlichen Belange in gleichem Maße zu gewährleisten.

**Bewertung Planabschnitt 2:**
Die Vorzugstrasse umgeht westlich den Dünnbacher Forst und vermeidet damit entsprechende Eingriffe in Natur und Landschaft. Sie verläuft zwar auch hier in landschaftlichen Vorbehaltsgebieten (06 bzw. 13, RP 10 B I 8.3 Z) sowie regionalem Grünzug (08, RP 10 B I 9.2 Z). Es handelt sich dabei aber fast ausschließlich um landwirtschaftlich genutzte Flächen, die Trassenführung orientiert sich weitgehend an bestehenden Freileitungen. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass nach erfolgter Rekultivierung der Trassenbaustelle die entsprechenden Belange aus regionalplanerischer Sicht nicht mehr wesentlich betroffen sein werden. Allerdings tangiert die Trasse randlich in einem kleinen Bereich das Vorranggebiet für Sand Sa 15 und kommt in die Nähe des Vorranggebietes für Sand Sa 54 (RP 10 B IV 5.2.4.2.2 Z).

Auch wenn an dieser Stelle der Abbau weitgehend abgeschlossen ist und als Folgenutzung bereits eine Photovoltaikanlage installiert wurde bzw. beim gegenwärtigen Planungsstand ein Abstand von ca. 100 m eingehalten wird, ist vorsorglich darauf hinzuweisen, dass durch die Trasse, bzw. deren Schutzstreifen, eine etwaige Rohstoffgewinnung in einem Vorranggebiet nicht beeinträchtigt werden darf.

Bei Beachtung dieses Punktes kann der Vorzugstrasse im Planabschnitt 2 aus Sicht der Regionalplanung zugestimmt werden.

Der Planabschnitt 3 verläuft außerhalb der Planungsregion Ingolstadt.

Der Regionsbeauftragte kommt in seiner Stellungnahme zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung der im Sachvertrags genannten Ausführungen und Voraussetzungen der Vorzugstrasse aus Sicht der Planungsregion Ingolstadt zugestimmt werden kann.

**Wortmeldungen:**

**Herr Landrat Martin Wolf, Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm**

**Herr Landrat Anton Knapp, Landkreis Eichstätt**
Herr Bürgermeister Andreas Meyer, Gemeinde Münchsmünster

Antrag des Vorsitzenden
Der Planungsausschuss des Planungsverbandes der Region Ingolstadt beschließt der vorgeschlagenen Trassenführung der Erdgastransportleitung von Forchheim in der Marktgemeinde Pförring bis nach Finsing im Landkreis Erding nicht zuzustimmen und lehnt diese Leitung ab. Anstatt dessen soll eine Planvariante entlang parallel der bestehenden Trasse (Dürnberger Forst) gewählt werden. Begründet wird die Entscheidung des Planungsausschusses damit, dass die aktuelle Planung die Siedlungsentwicklungen der Kommunen (Markt Pförring, Gemeinde Münchsmünster, Stadt Vohburg a.d. Donau und Stadt Geisenfeld) sowie naturschutzrelevante Landschaftsteile zu wenig berücksichtigt.

Beschluss Planungsausschuss
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 6 Raumordnungsverfahren für die geplante Errichtung einer 110-kV-Hochspannungsleitung von Wassertrüdingen (Landkreis Ansbach) nach Ebblingen (Gemeinde Solnhofen) mit Umspannwerk im Raum Ursheim (Gemeinde Polsingen, beide Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen)

Sachvortrag des Vorsitzenden

Antrag des Vorsitzenden

Diese erscheint bei der geplanten Trassierung entlang bestehender Wege in Verbindung mit der deutlich geringeren Breite des Arbeitsstreifens (12 m) bzw. des letztlich resultierenden Schutzbereiches (6 m) verträglicher in die sensible Landschaft einfügbar, als eine Freileitung (hohe Sondermasten mit Überspannung über Endaufwuchshöhe bzw. Masten mit Regelhöhe 25 – 30 m sowie Rodung und dauerhafte Aufwuchsbeschränkung entlang eines 25 – 30 m breiten Schutzstreifens).

**Beschluss Planungsausschuss**

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
Wortmeldungen:


Herr Dr. Wagner, Regionsbeauftragter für die Region 10 führte aus, dass durch das neue LEP keine Möglichkeit für den Planungsverband mehr besteht, Vorranggebiete für den Hochwasserschutz in den Regionalplänen festzulegen.
Um über die Fortschreibung des Kapitels Wasserwirtschaft - Hochwasserschutz erneut beraten zu können, ist die Anforderung eines neuen Fachbeitrages der Wasserwirtschaft, der die neuen rechtlichen Vorgaben des LEP berücksichtigt, erforderlich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Gmeiling, Stadt Neuburg a.d. Donau führte aus, dass er grundsätzlich den Hochwasserschutz bejaht. Zugleich warf er die Frage auf, warum denn eigentlich in der Region so massiv Polder geplant seien (Rennertshofen, Katzau) an anderen Abschnitten der Donau aber keine.

Herr Landrat Weigert stellte die Frage, warum bestehende Ansätze nicht integriert werden können. Die Zielsetzung der Staatsregierung sei zwar richtig, die Umsetzung aber das Problem. Nach seiner Auffassung würden die Kommunen nicht in die Verfahren eingebunden und alte Fehler wiederholt.

Herr Bürgermeister Meyer, Gemeinde Münchsmünster führte hierzu aus, dass eine Untersuchung der jeweiligen Einzelfälle und Einbeziehung der Kommunen zu fördern ist.

Auch der stellvertretende Landrat Rauscher, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, sprach sich grundsätzlich für den Hochwasserschutz aus, gab aber zu Bedenken, dass die Grundstücke für den Hochwasserschutz auf ihre Eignung hin geprüft werden sollen. Auch die Fragen der Landwirtschaft sind bei der Prüfung zu berücksichtigen.

Antrag des Vorsitzenden


Beschluss Planungsausschuss

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
TOP 8 26. Änderung des Regionalplanes Ingolstadt;
Teilfortschreibung des Kapitels B III Siedlungswesen mit Lärmschutzzonen für die Flugplätze Ingolstadt/Mancing und Neuburg-Zell

Sachvortrag des Vorsitzenden

Der Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 09.10.2014 den Entwurf der Teilfortschreibung des Kapitel B III Siedlungswesen mit Lärmschutzzonen für die Flugplätze Ingolstadt/Mancing und Neuburg-Zell für die Einleitung und Durchführung des Anhörungsverfahrens gebilligt.
Insgesamt wurden im Anhörungsverfahren zu etwa 2 Themenbereichen Anregungen und Hinweise geäußert. Aus diesen ergab sich kein Bedarf für eine Veränderung der konkreten Planungen.
Der Planungsausschuss hat darüber zu beraten, ob er den Verordnungsentwurf in der vorliegenden Fassung annimmt.
Wortmeldungen: keine

Antrag des Vorsitzenden

1. Der Planungsausschuss beschließt die Teilfortschreibung des Regionalplans Kapitel B III Siedlungswesen mit Lärmschutzzonen für die Flugplätze Ingolstadt/Mancing und Neuburg-Zell in der Fassung des Verordnungsentwurfes vom 25.03.2014.
2. Der Verbandsvorsitzende wird beauftragt, den Antrag auf Verbindlicherklärung dieser Fortschreibung bei der Höheren Landesplanungsbehörde zu stellen.

Beschluss Planungsausschuss

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
TOP 9. Regionalplan Ingolstadt; Teilraumgutachten für Kiesabbau und Folgenutzung regionaler Teilraum Donaumoos

Sachvortrag des Vorsitzenden

Ausgangslage:
Die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung und das stete Wachstum in der Region Ingolstadt lässt auch für die weitere Zukunft einen ständigen Bedarf an dem Rohstoff Kies erwarten.
Zunehmend wird der weitere Kiesabbau im Rahmen von Einzelgenehmigungen außerhalb bestehender Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete beantragt und entzieht sich damit einer fachlich abgestimmten, regionalplanerischen Steuerung.

Lösungsansatz:
Um bestehende und zukünftige Konflikte zu minimieren, daneben jedoch im Rahmen der Möglichkeiten Kiesrohstoffe zur Deckung des regionalen und überregionalen Bedarfs zur Verfügung stellen zu können, ist daher ein gesamträumliches Konzept erforderlich, anhand dessen festgelegt werden kann, in welchen Bereichen, bis zu welchem Ausmaß und in welchem Umfang im Donaumoos eine Kiesgewinnung noch erfolgen kann.
Eine ähnliche Problematik in der Region Ingolstadt führte in den 1980er Jahren zu einem vergleichbaren Planungserfordernis und letztlich zur Erstellung des Inselgutachtens der Landesplanung in Bayern Feilenmoos, das im Juni 1989 veröffentlicht werden konnte. Dessen Ergebnisse fanden ihren Niederschlag im Regionalplan Ingolstadt mit einer abschließenden Festlegung der noch möglichen Kiesabbauflächen sowie der entsprechend definierten Folgenutzungen (vgl. RP 10 B IV 5.2.6 Z, RP 10 B IV 5.4.2 Z, RP 10 B IV 5.4.2.1 Z – 5.4.2.6 Z). Diese Festlegungen erfolgten mit dem Ziel, den Kiesabbau im regionalen Teilraum des Feilenmooses geordnet und mit definierten Folgenutzungen zu einem endgültigen Abschluss zu bringen und haben bis heute Bestand.


Durchführung


Wortmeldungen:

Herr Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel, Stadt Ingolstadt
Herr Oberbürgermeister Dr. Lösel findet den Ansatz richtig, über den Regionalplan geordnet in den Kiesabbau in der Region einzugehen. Wichtig ist dabei, dass die Folgenutzung der ausgebeuteten Flächen festgelegt wird. Die Statistik zeigt, dass die Region wächst. Die Stadt Ingolstadt bittet daher, sich an dem geplanten Gutachten beteiligen zu können.
Herr Landrat Martin Wolf, Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm

Herr Dr. Schuhmann, Stadtrat der Stadt Ingolstadt
Für Herrn Dr. Schuhmann ist wichtig, dass die Gewinnung des Rohstoffes Kies in der eigenen Region erfolgen soll. Genauso wichtig ist, die Nachfolgenutzung zu regeln. Er bittet daher, darauf hinzuwirken, dass in dem Vorschlag des Gutachtens klare Aussagen zur Nachfolgenutzung der ausgebeuteten Flächen gemacht werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Gmehling, Stadt Neuburg a.d. Donau
Herr Oberbürgermeister Dr. Gmehling führte aus, dass auch für ihn das Steuern der Abbauflächen das Ziel sei. Kies ist nach seiner Meinung einer der wenigen Rohstoffe in der Region und keiner in der Region Kiesimporte wünsche. Allerdings sind nach Auffassung von Herrn Oberbürgermeister Dr. Gmehling die Umweltstandards für anschließend geforderte Verfahrungen der ausgebeuteten Flächen zu hoch. Zugleich brachte der Oberbürgermeister Dr. Gmehling den Vorschlag ins Gespräch, die ausgebeuteten Flächen für Photovoltaikanlagen zu nutzen.

Herr Landrat Roland Weigert, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen
Entgegen der Auffassung von Herrn Oberbürgermeister Dr. Gmehling verteidigt Herr Landrat Weigert die strengen Maßstäbe, die an die Wiederverfüllung von ausgebeuteten Flächen gestellt werden, da dies der Sicherung des Grundwassers diene.

Herr Dr. Sebastian Wagner, Regionsbeauftragter
Aufgrund der vorgenannten Wortmeldungen und der damit verbundenen Forderung, bei Abbauflächen klar die Nachfolgenutzung zu regeln, erklärt Herr Dr. Wagner, dass aufgrund der rechtlichen Vorgaben im LEP die Nachfolgenutzungen festzulegen sind.

Antrag des Vorsitzenden
Beschluss Planungsausschuss

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 10 Regionalplan Ingolstadt – Klarstellungen Kapitel B IV 5

Sachvortrag des Vorsitzenden


Im Einzelnen stellt sich dies wie folgt dar:

Das Vorranggebiet Ki 6 nordöstlich Nazibühl ist in der rechtsverbindlich in Kraft getretenen Karte 2 Siedlung und Versorgung des Regionalplanes Ingolstadt als zeichnerisch verbindliche Darstellung enthalten. In den textlichen Festlegungen des Regionalplanes ist dieses Vorranggebiet unter RP 10 B IV 5.2.4.2.1 Z allerdings nicht aufgeführt. Ebenso ist im Regionalplan unter RP 10 B IV 5.4.3.2 Z keine entsprechende Folgenutzung festgelegt.


Das Vorranggebiet Ki 6 schließt unmittelbar an das Vorranggebiet Ki 38 an. Da diese eine zeichnerische Einheit bilden, ist eine räumliche Trennung der beiden Gebiete aus der Darstellung nicht zu entnehmen.

Das Vorranggebiet Ki 38 ist sowohl textlich unter RP 10 B IV 5.2.4.2.1 Z „Gemeinde Karlsfeld, südlich Nazibühl (Ki 38)“, als auch unter RP 10 B IV 5.4.3.2 Z die entsprechende Folgenutzung „Biotopentwicklung Landschaftssee – naturschutzorientiert“ festgelegt.


Warum im Rahmen der letzten Fortschreibung des Kapitels B IV 5 keine textlichen Festlegungen zu dem Vorranggebiet Ki 6 getroffen wurden, lässt sich aus den vorhandenen Akten nicht entnehmen. Aus den Stellungnahmen der am Verfahren Beteiligten lässt sich auch keine kritische Äußerung zu deren Darstellung ableiten. Offensichtlich handelt es sich dabei um ein Versagen.

Es ist daher zu empfehlen, dass der Planungsausschuss des Planungsverbandes Region Ingolstadt klärest, dass das Vorranggebiet Ki 6 und seine Folgenutzung auch ohne textliche Festlegungen in der zeichnerisch festgelegten Form als rechtsgültiges Ziel angesehen wird. Im Zuge der bereits beschlossenen Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Ingolstadt bietet sich zeitnah die Möglichkeit, die bestehenden Unstimmigkeiten zu bereinigen.

Unter RP 10 B IV 5.4.3.2 Z sind Nachfolgenutzungen festgelegt, zu denen weder entsprechende Vorranggebiete Rohstoffgewinnung textlich festgelegt, noch zeichnerisch in der Karte verbindlich dargestellt sind. Im Einzelnen handelt es sich um:

- Ki 24 Kies und Sand bei Buxheim
- Ki 24 Biotope Entwicklung, Landschaftssee - naturorientiert (B)
- Kp 7 Plattenkalk- bei Schernfeld
- Kp 7 Landwirtschaftliche Nutzung mit Kleinstrukturen (L) und Forstwirtschaftliche Nutzung, standortgemäße Mischbestände (F).

Im Planentwurf zur Anhörung im Frühjahr 2003 waren eine Teilfläche des bereits bestehenden Vorbehaltsgebietes Ki 50 für eine Aufstufung zu einem Vorranggebiet Ki 24 vorgeschlagen gewesen. Da in dessen Umriß jedoch bis dahin die Abbaunetzmodelle im Rahmen von Einzelgenehmigungen problemlos abgewickelt wurden und werden sollten, wurde eine entsprechende Aufstufung letztlich als nicht erforderlich angesehen. Das Vorbehaltsgebiet Ki 50 wurde in seiner ursprünglichen Form beibehalten und die Ausweisung einer Vorrangfläche Ki 24 verworfen. Dabei jedoch offensichtlich versehentlich die Streichung der Folgefunktion für diese vorgeschlagene Vorrangfläche im Text des Planentwurfes vergessen und somit in dieser Form entsprechend verbindlich erklärt.

Es ist daher zu empfehlen, dass der Planungsausschuss des Planungsverbandes Region Ingolstadt klärest, dass die o.g. Nachfolgenutzung für eine Fläche Ki 24 entfallen soll, da zu einem nicht vorhandenen Vorranggebiet auch keine Festlegung einer Nachfolgenutzung erforderlich ist. Zu dem Vorbehaltsgebiet Ki 50, das u.a. die Fläche abdeckt, die zeitweise als Vorranggebiet Ki 24 ausgewiesen werden sollte, ist unter RP 10 B IV 5.4.3.3 Z im Regionalplan Ingolstadt eine entsprechende Nachfolgenutzung festgelegt und deckt somit diesen Belang ausreichend ab.

Im Zuge der bereits beschlossenen Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Ingolstadt bietet sich zeitnah die Möglichkeit, die bestehenden Unstimmigkeiten zu bereinigen. Bei der Fläche, die im Planentwurf zur Ausweisung als Vorranggebiet Kp 7 vorgeschlagen wurde, stellte sich im Zuge der Anhörung im Frühjahr 2003 heraus, dass diese zum Großteil bereits als Gewerbe-/Industriegebiet dargestellt bzw. ausgewiesen war und sogar teilweise schon bebaut.
Folgerichtig wurde die geplante Vorrangfläche Kp 7 daraufhin sowohl im Text als auch der Karte aus dem Planentwurf genommen, versehentlich dabei jedoch die Festlegungen zur Folgenutzung im Textentwurf nicht gestrichen und letztlich in dieser Form verbindlich erklärt.

Es ist daher zu empfehlen, dass der Planungsausschuss des Planungsverbandes Region Ingolstadt klarstellt, dass die o.g. Nachfolgenutzung für eine Fläche Kp 7 entfallen soll, da zu einem nicht vorhandenen Vorranggebiet auch keine Festlegung einer Nachfolgenutzung erforderlich ist.

Im Zuge der bereits beschlossenen Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Ingolstadt bietet sich zeitnah die Möglichkeit, die bestehenden Unstimmigkeiten zu bereinigen.

Für die Vorrangfläche Ki 64 ist unter RP 10 B IV 5.4.3.2 Z folgende Nachfolgenutzung festgelegt:

- **Ki 64 Kies und Sand bei Großmehring**
  
  Ki 64 Landwirtschaftliche Nutzung mit Kleinstrukturen (L), Biotopentwicklung, natürliche Sukzession (Bio) und Biotopentwicklung, Landschaftssee – naturorientiert (B).

Zudem ist aber unter RP 10 B IV 5.4.3.3 Z für eine Vorbehaltsfläche Ki 64 als Nachfolgenutzung „Biotopentwicklung, Landschaftssee - naturorientiert (B)“ festgelegt.

Unter **Ki 64** ist jedoch im Regionalplan nur ein Vorranggebiet (s.o.) festgelegt, eine Vorbehaltsfläche **Ki 64** existiert nicht. In einer frühen Planungsphase war die Fläche **Ki 64** zur Ausweisung als Vorbehaltsgebiet vorgesehen, wurde jedoch im ersten Planentwurf zur Anhörung bereits als Vorranggebiet dargestellt. Die Folgenutzung für das Vorbehaltsgebiet wurde in den weiteren Planfassungen jedoch versehentlich nicht mehr gestrichen.

Es ist daher zu empfehlen, dass der Planungsausschuss des Planungsverbandes Region Ingolstadt klarstellt, dass die o.g. Nachfolgenutzung für eine Fläche Ki 64 entfallen soll, da zu einem nicht vorhandenen Vorbehaltsgebiet auch keine Festlegung einer Nachfolgenutzung erforderlich ist.

Im Zuge der bereits beschlossenen Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Ingolstadt bietet sich zeitnah die Möglichkeit, die bestehenden Unstimmigkeiten zu bereinigen.

Wortmeldungen: keine

**Antrag des Vorsitzenden zu Nr. 1**

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes Region Ingolstadt stellt klar, dass das Vorranggebiet Ki 6 und seine Folgenutzung auch ohne textliche Festlegungen in der zeichnerisch festgelegten Form als rechtsgültiges Ziel angesehen wird. Im Zuge der bereits beschlossenen Gesamtfortschreibung des Regionalplanes werden die bestehenden Unstimmigkeiten bereinigt.
Antrag des Vorsitzenden zu Nr. 2

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes Region Ingolstadt stellt klar, dass die Nachfolgenutzung für eine Fläche Ki 24 entfallen soll, da zum einen für ein nicht vorhandenes Vorranggebiet keine Festlegung einer Nachfolgenutzung erforderlich ist und zum anderen zu dem Vorbehaltsgebiet Ki 50, das u.a. die Fläche abdeckt, die zeitweise als Vorranggebiet Ki 24 ausgewiesen werden sollte, unter RP 10 B IV 5.4.3.3 Z im Regionalplan Ingolstadt eine entsprechende Nachfolgenutzung festgelegt ist. Im Zuge der bereits beschlossenen Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Ingolstadt werden die bestehenden Unstimmigkeiten bereinigt.

Antrag des Vorsitzenden zu Nr. 3

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes Region Ingolstadt stellt klar, dass die Nachfolgenutzung für eine Fläche Ki 64 entfallen soll, da zu einem nicht vorhandenen Vorbehaltsgebiet auch keine Festlegung einer Nachfolgenutzung erforderlich ist. Im Zuge der bereits beschlossenen Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Ingolstadt werden die bestehenden Unstimmigkeiten bereinigt.

Beschluss Planungsausschuss

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 11 Haushalt 2015

Sachvortrag des Vorsitzenden

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 ist im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben auf 65.750,00 € und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben auf 25.847,22 € festgesetzt.


Die Einnahmen und Ausgaben sind aus den in Anlage beigefügten Unterlagen ersichtlich.
Wortmeldungen: keine
Antrag des Vorsitzenden

Die vorliegende Haushaltssatzung - samt Anlagen - des Planungsverbandes Region Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2015 wird beschlossen. Der Verbandsvorsitzende wird ermächtigt, die allgemeine Deckungsreserve bei Haushaltsstelle 9141.8500 zur Deckung unabweisbarer über- und außerplanmäßiger Ausgaben des Verwaltungshaushalts in Anspruch zu nehmen.

Beschluss Planungsausschuss

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 12 Überörtliche Rechnungsprüfung für die Jahre 2008 - 2013

Sachvortrag des Vorsitzenden


Der Hinweis, dass die Grundlagen der Erstattung der Personalkosten und der Miete dahingehend überprüft werden sollen, ob Anpassungsbedarf besteht, ist nicht Aufgabe des Verbandes. Soweit besteht seitens des Verbandes kein Handlungsbedarf.


Antrag des Vorsitzenden


Beschluss Planungsausschuss

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
TOP 13  Verschiedenes

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht, sodass der Verbandsvorsitzende, Herr Landrat Roland Weigert, die Sitzung des Planungsausschusses um 10.45 Uhr schloss.

Ingolstadt, den 05. 02.2015
PLANUNGSVERBAND
Region Ingolstadt

Roland Weigert
Landrat und
Verbandsvorsitzender

Franz Kratzer
Schriftführer